

Fragen**für die Fragestunde der 181. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 4. Juli 2001****Verzeichnis der Fragenden**

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Bonitz, Sylvia (CDU/CSU)	13, 14	Lohmann, Wolfgang (Lüdenscheid) (CDU/CSU)	45
Breuer, Paul (CDU/CSU)	33, 34	Dr. Mayer, Martin (Siegertsbrunn)	46, 47
Brüderle, Rainer (F.D.P.)	19, 20	Nolting, Günther Friedrich (F.D.P.)	35, 36
Bulling-Schröter, Eva-Maria (PDS)	1, 2	Ostrowski, Christine (PDS)	59, 60
Fink, Ulf (CDU/CSU)	5, 6	Otto, Hans-Joachim (Frankfurt) (F.D.P.)	11, 12
Dr. Grehn, Klaus (PDS)	29, 30	Dr. Ruck, Christian (CDU/CSU)	48
Hauser, Hansgeorg (Rednitzhembach) (CDU/CSU)	22, 23	Seehofer, Horst (CDU/CSU)	41, 42
Hauser, Norbert (Bonn) (CDU/CSU)	9, 10	Siemann, Werner (CDU/CSU)	37, 38
Heinrich, Ulrich (F.D.P.)	21	Singhammer, Johannes (CDU/CSU)	55, 56
Hinsken, Ernst (CDU/CSU)	61, 62	Dr. Solms, Hermann Otto (F.D.P.)	17, 18
Hofbauer, Klaus (CDU/CSU)	25, 26	Störr-Ritter, Dorothea (CDU/CSU)	57, 58
Hohmann, Martin (CDU/CSU)	3, 24	Dr. Uhl, Hans-Peter (CDU/CSU)	53, 54
Janovsky, Georg (CDU/CSU)	31, 32	Weiß, Peter (Emmendingen) (CDU/CSU)	7, 8
von Klaeden, Eckart (CDU/CSU)	4	Widmann-Mauz, Annette (CDU/CSU)	49, 50
Koppelin, Jürgen (F.D.P.)	15, 16	Wolf, Aribert (CDU/CSU)	51, 52
Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	27, 28	Zöller, Wolfgang (CDU/CSU)	43, 44
Dr. Leonhard, Elke (SPD)	39, 40		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	4
Geschäftsbereich des Bundeskanzleramtes	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	12

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

1. Abgeordnete
**Eva-Maria
Bulling-Schröter**
(PDS) Wie sollen Bürgerinnen und Bürger ihr Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit durch Einsichtnahme in Genehmigungsunterlagen und Erörterung der geplanten Maßnahmen zur Vorsorge gegen Beeinträchtigungen wahrnehmen, wenn im atomrechtlichen Verfahren für dezentrale Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente Behältertypen mitgenehmigt werden sollen, für die nach Auskunft des Bundesamtes für Strahlenschutz weder eine verkehrsrechtliche Genehmigung, noch eine Lagergenehmigung, noch irgendwelche hinreichenden technischen Beschreibungen, außer den voraussichtlichen Typenbezeichnungen der Hersteller bekannt sind (vgl. Pressemitteilung des Bundesamtes für Strahlenschutz vom 27. Juni 2001)?

2. Abgeordnete
**Eva-Maria
Bulling-Schröter**
(PDS) Über welche Rechtsmittel verfügen Bürgerinnen und Bürger, wenn sich in ihren Augen herausstellt, dass die technische Vorsorge in Gestalt dieser neuen Behälter, die zu ihrem Schutz getroffen wird, nicht ausreichend ist?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

3. Abgeordneter
**Martin
Hohmann**
(CDU/CSU) Welche Anstrengungen hat die Bundesregierung zur Einführung des europäischen Fingerabdruckidentifikationssystems EURODAC bisher unternommen, und bis wann rechnet die Bundesregierung mit einem endgültigen Erfolg ihrer Bemühungen?

4. Abgeordneter
**Eckart
von Klaeden**
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass von einer Beobachtung der PDS durch Verfassungsschutzbehörden abzusehen ist, wenn die PDS regierungsbeteiligt ist, wie dies etwa der Berliner Justizsenator geäußert hat (DIE WELT vom 26. Juni 2001)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

5. Abgeordneter
Ulf Fink
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass es sich beim Hennigsdorfer Schienenfahrzeugwerk ADtranz um einen herausragenden Industriestandort in den neuen Bundesländern handelt, und dass eine Schließung bzw. eine drastische Reduzierung dieses Industriestandortes – wie vom kanadischen Mutterkonzern Bombardier Transportation offenbar geplant – unter allen Umständen verhindert werden muss?
6. Abgeordneter
Ulf Fink
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung – wie im Fall des Frankfurter Bauunternehmens Phillip Holzmann AG – bereit, hier helfend einzugreifen, und wenn ja, welche konkreten Schritte gedenkt sie einzuleiten, um eine Schließung bzw. eine drastische Reduzierung des ADtranz-Werkes zu verhindern?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

7. Abgeordneter
Peter Weiß
(**Emmendingen**)
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den am 27. Juni 2001 von der Organisation „Transparency International“ vorgelegten „Corruption Perceptions Index“ (CPI) 2001 über die Einschätzung der Korruptionsverbreitung im öffentlichen Dienst und unter Politikern in 91 Ländern der Welt?
8. Abgeordneter
Peter Weiß
(**Emmendingen**)
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung Konsequenzen für die Entwicklungszusammenarbeit mit denjenigen Ländern ziehen, in denen „Transparency International“ eine besonders starke Verbreitung der Korruption festgestellt hat, wie z. B. Bangladesch, Nigeria, Uganda, Indonesien, Kenia, Kamerun, Bolivien und Aserbaidschan, die ein CPI-Punktwert von 2,0 und weniger erreicht haben?
9. Abgeordneter
Norbert Hauser
(**Bonn**)
(CDU/CSU)
- Welche Gründe kann die Bundesregierung dafür vorbringen, dass die Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung (DSE) mit der Carl-Duisberg-Gesellschaft (CDG) fusioniert werden soll, und ist sichergestellt, dass der Sitz der fusionierten Einrichtung Bonn sein wird?

10. Abgeordneter
Norbert Hauser (Bonn)
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung durch die beabsichtigte Fusion negative Auswirkungen auf die Bundesstadt Bonn, die gemäß § 1 Abs. 2 Nr. 3 Buchstabe d des Berlin/Bonn-Gesetzes als Zentrum für Entwicklungspolitik ausgebaut werden soll?

Geschäftsbereich des Bundeskanzleramtes

11. Abgeordneter
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
(F.D.P.)
- In welchem Umfang hat die Bundesregierung entsprechend ihrer wiederholten Zusicherung Anzeigen für die laufende Eurokampagne der Arbeitsgemeinschaft Euro in regionalen Tageszeitungen geschaltet?
12. Abgeordneter
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
(F.D.P.)
- Generell, mit welchem Anteil ihrer gesamten Mediaaufwendungen berücksichtigt die Bundesregierung lokale und regionale Tageszeitungen?
13. Abgeordnete
Sylvia Bonitz (CDU/CSU)
- Welche Bedeutung misst die Bundesregierung den Empfehlungen des Nationalen Ethikrates in Relation zu den Empfehlungen der parlamentarisch legitimierten Enquete-Kommission „Recht und Ethik der modernen Medizin“ des Deutschen Bundestages bei?
14. Abgeordnete
Sylvia Bonitz (CDU/CSU)
- Plant die Bundesregierung zur finanziellen Ausstattung des „Nationalen Ethikrates“ einen eigenen Haushaltsansatz, und falls ja, in welcher Größenordnung sollen Mittel für dieses Gremium bereitgestellt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

15. Abgeordneter
Jürgen Koppelin (F.D.P.)
- Welche Gründe haben nach Auffassung der Bundesregierung zu der zurzeit bestehenden Konjunkturschwäche und zu der hohen Inflationsrate geführt?

16. Abgeordneter
Jürgen Koppelin
(F.D.P.)
- Welche Konsequenzen und Folgen können nach Auffassung der Bundesregierung aus der zurzeit bestehenden Konjunkturschwäche und der hohen Inflationsrate entstehen?
17. Abgeordneter
Dr. Hermann Otto Solms
(F.D.P.)
- Ist die Bundesregierung angesichts des besorgniserregenden wirtschaftlichen Abschwungs bereit, die für die Jahre 2003 und 2005 vorgesehene Absenkung des Einkommensteuertarifs auf das Jahr 2002 vorzuziehen, um die Steuerzahler – Personengesellschaften, Einzelunternehmer und Verbraucher – zu entlasten und Wachstumspotentiale freizusetzen?
18. Abgeordneter
Dr. Hermann Otto Solms
(F.D.P.)
- Ist die Bundesregierung angesichts des besorgniserregenden wirtschaftlichen Abschwungs bereit, die mit ihrer Steuerreform – insbesondere durch die starke Spreizung der Steuersätze zwischen Körperschaften einerseits sowie Personengesellschaften und Einzelunternehmer andererseits – verbundenen Folgen für den Mittelstand wieder zurückzunehmen und Steuergerechtigkeit zu gewährleisten, um dem Mittelstand Investitionen für neue Arbeitsplätze zu ermöglichen?
19. Abgeordneter
Rainer Brüderle
(F.D.P.)
- Teilt die Bundesregierung die Ansicht des EU-Kommissars für Wirtschaft und Währungsangelegenheiten, Pedro Solbes Mira, dass Deutschland zusammen mit Italien oder Portugal die Chance verpasst hat, das zuletzt vorteilhafte Wachstum für eine gründliche Haushaltskonsolidierung zu nutzen?
20. Abgeordneter
Rainer Brüderle
(F.D.P.)
- Wie ist es zu erklären, dass Deutschland bei einem Wachstumsvergleich in der EU auf einem der letzten Plätze liegt, wenn die weltwirtschaftliche Abschwächung alle EU-Staaten im Ergebnis gleichmäßig trifft?
21. Abgeordneter
Ulrich Heinrich
(F.D.P.)
- Teilt die Bundesregierung die Ansicht, dass massive Markteingriffe, wie z. B. zuletzt die KWK-Förderung (KWK: Kraft-Wärme-Koppelung), die über eine höhere Stromrechnung für Privathaushalte finanziert wird, oder die Verlängerung des Postmonopols, die der Verbraucher bezahlt, die Entlastungseffekte der Steuerreform zunichte machen und ein Grund für die stagnierende Binnennachfrage sind?

22. Abgeordneter
Hansgeorg Hauser
(Rednitzhembach)
(CDU/CSU) Welche Gründe haben dazu geführt, dass der Beginn der Zertifizierung von Altersvorsorgeprodukten vom 1. Juli auf den 1. August 2001 verschoben werden musste?
23. Abgeordneter
Hansgeorg Hauser
(Rednitzhembach)
(CDU/CSU) Wie viele Anträge auf Zertifizierungen liegen bereits vor, und mit wie vielen Anträgen wird gerechnet?
24. Abgeordneter
Martin Hohmann
(CDU/CSU) Wie stellt sich die Bundesregierung zu der Kritik, die Honorare der für die NS-Zwangsarbeiter tätigen Anwälte seien überhöht, und welche Summen sind für die amerikanischen bzw. deutschen Anwälte für ihre Tätigkeit im Rahmen der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ im Einzelnen nach neuestem Stand zur Auszahlung vorgesehen bzw. ausgezahlt worden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft

25. Abgeordneter
Klaus Hofbauer
(CDU/CSU) Welche Übergangsregelungen im Bereich der Landwirtschaft wird es in Bezug auf den Beitritt mittel- und osteuropäischer Staaten zur EU geben, um die Beitrittsfolgen für die Landwirtschaft, insbesondere die deutsche Landwirtschaft, abzufedern?
26. Abgeordneter
Klaus Hofbauer
(CDU/CSU) Welche Ergebnisse haben die Verhandlungen der EU mit Polen, der Tschechischen Republik und Ungarn bisher im Bereich Landwirtschaft erbracht, und welche EU-Standards in Bezug auf Verbraucher-, Tier- und Umweltschutz werden diese Länder sofort nach dem Beitritt einhalten können?
27. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU) Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung unternommen, um die Verwendung des Wirkstoffes Lebaycid/Fenthion zur Bekämpfung der Kirschfruchtfliege in den deutschen Kirschanbaugebieten, zum Beispiel in der Fränkischen Schweiz, auch in Zukunft zu ermöglichen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

28. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU)
- Wird sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass die geplanten Übergangsregelungen hinsichtlich der Freizügigkeit der Arbeitnehmer und der Dienstleistungsfreiheit im Zuge der EU-Osterweiterung in den jeweiligen Beitrittsverträgen konkret festgelegt werden?
29. Abgeordneter
Dr. Klaus Grehn
(PDS)
- Tritt gegenwärtig im Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit (BA) für das Jahr 2001 ein Defizit angesichts der Tatsache auf, dass der angenommene Eckwert von 3,619 Millionen jahresdurchschnittlichen Arbeitslosen, der mit einem Zuschuss von 1,2 Mrd. DM an die BA berücksichtigt ist, deutlich überschritten wurde, und wenn ja, wie hoch ist es?
30. Abgeordneter
Dr. Klaus Grehn
(PDS)
- Beabsichtigt die Bundesregierung trotz der nach unten korrigierten Prognosen für das Wirtschaftswachstum und der nach oben korrigierten Zahlen von angenommenen 3,5 Millionen auf 3,75 bis 3,78 Millionen Arbeitslosen dabei zu bleiben, im Haushalt 2002 keinen Zuschuss an die BA zu zahlen, oder in welcher Höhe ist nach dieser neuen Lage ggf. doch ein Zuschuss geplant?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

31. Abgeordneter
Georg Janovsky
(CDU/CSU)
- Welche Ziele verfolgt die Bundesregierung mit der Zentralisierung des Militärgeographischen Dienstes, und wie sollen die notwendigen militärgeographischen Unterstützungsleistungen für die Truppe in Zukunft erbracht werden?
32. Abgeordneter
Georg Janovsky
(CDU/CSU)
- Wie steht die Bundesregierung zur Auflösung einer der modernsten Militärgeographischen Dienststellen, der einzigen entsprechenden Dienststelle in den neuen Bundesländern in Leipzig, und welche personellen und finanziellen Folgen ergeben sich daraus?

33. Abgeordneter
**Paul
Breuer**
(CDU/CSU)
- Ist es zutreffend, dass die Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb (GEBB) mit Mitteln aus dem Verteidigungsetat im Jahr 2000 bzw. auch im laufenden Jahr Wertpapiergeschäfte im weitesten Sinne getätigt hat, und falls ja, in welchem Umfang auch im Hinblick auf Gewinne bzw. Verluste?
34. Abgeordneter
**Paul
Breuer**
(CDU/CSU)
- Wäre eine Vornahme von Wertpapiergeschäften durch die GEBB nach Ansicht der Bundesregierung mit den Vorschriften der Bundeshaushaltsordnung (BHO) vereinbar?
35. Abgeordneter
**Günther Friedrich
Nolting**
(F.D.P.)
- Welche Maßnahmen unternimmt die Bundesregierung, um den Rahmenvertrag „Innovation, Investition und Wirtschaftlichkeit in der Bundeswehr“ so auszugestalten, dass insbesondere mittelständisch und handwerklich geprägte Unternehmen hieraus konkret und in bezifferbarem Umfang profitieren können, und wie viele Deutsche Mark haben die im Zusammenhang mit diesem Rahmenvertrag durchgeführten gesellschaftlichen Veranstaltungen gekostet?
36. Abgeordneter
**Günther Friedrich
Nolting**
(F.D.P.)
- Wie viele Flugzeugführer der Bundeswehr haben in den letzten sechs Jahren eine Verkürzung ihrer Dienstzeit beantragt, und welche Maßnahmen unternimmt die Bundesregierung, die Bundeswehr als ein für Flugzeugführer attraktives Berufsfeld zu erhalten?
37. Abgeordneter
**Werner
Siemann**
(CDU/CSU)
- Ist es zutreffend, dass sich die Bundesregierung im Bereich des Bundesministeriums der Verteidigung Personalleasingunternehmen und/oder Zeitarbeitsfirmen bedient, um so befristete Arbeitsverhältnisse für Lehrkräfte an Bildungseinrichtungen der Bundeswehr eingehen zu können?
38. Abgeordneter
**Werner
Siemann**
(CDU/CSU)
- Ist es beabsichtigt, nach Auflösung der Bundeswehrfachschulen Ausbildungen für ausscheidende Soldaten auf Zeit in die Zuständigkeit der Länder zu übergeben, und wenn ja, haben die Länder dafür genügend Kapazitäten?

39. Abgeordnete
**Dr. Elke
Leonhard**
(SPD) Wie und mit welchen Instrumenten gestaltet sich die Nato-Informationspolitik, exemplarisch dargestellt am Fall der gegenwärtig stattfindenden Tieflugmanöver?
40. Abgeordnete
**Dr. Elke
Leonhard**
(SPD) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über den Abwurf von Kerosin – im zivilen und militärischen Bereich – insbesondere die Region Trier (Eifel/Mosel) betreffend?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

41. Abgeordneter
**Horst
Seehofer**
(CDU/CSU) Kann der Bundeskanzler Gerhard Schröder die Aussage der „Süddeutschen Zeitung“ vom 27. Juni 2001, im Bundeskanzleramt sei ein Strategiepapier zum Vorhaben des Bundesministeriums für Gesundheit für die nächste Legislaturperiode unter dem Titel „Fortführung der Gesundheitsreform“ erarbeitet worden, bestätigen?
42. Abgeordneter
**Horst
Seehofer**
(CDU/CSU) Trifft die Aussage der „Süddeutschen Zeitung“ zu, dass in diesem Strategiepapier die Einführung einer Kapitaldeckung für die Altersrückstellung in der Krankenversicherung nach dem Vorbild der Rente angedacht ist?
43. Abgeordneter
**Wolfgang
Zöller**
(CDU/CSU) Trifft die Aussage der „Süddeutschen Zeitung“ vom 27. Juni 2001 zu, dass in einem Strategiepapier des Bundeskanzleramtes die Einführung von Grund- und Wahlleistungen gepaart mit privaten Zusatztarifen erörtert wird?
44. Abgeordneter
**Wolfgang
Zöller**
(CDU/CSU) Trifft die Aussage der „Süddeutschen Zeitung“ vom 27. Juni 2001 zu, dass in diesem Strategiepapier des Bundeskanzleramtes der Vorschlag für ein Angebot mit mehreren Versicherungstarifen bei Beibehaltung des vollen Anspruchs auf alle notwendigen Leistungen in jedem Tarif gemacht wird?

45. Abgeordneter
Wolfgang Lohmann (Lüdenscheid)
(CDU/CSU)
- Ist es mit Blick auf die nach Aussagen der gesetzlichen Krankenkassen in diesem und im nächsten Jahr unumgänglichen Beitragssatzanhebungen nicht dringend geboten, noch vor der nächsten Bundestagswahl aus dem im Bundeskanzleramt entwickelten Strategiepapier (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 27. Juni 2001) ein Konzept für eine Gesundheitsreform zu erarbeiten?
46. Abgeordneter
Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn)
(CDU/CSU)
- Wie hoch beziffert die Bundesregierung den Schaden, den die Wirtschaft in Deutschland jährlich durch Aktionen militanter Gentechnikgegner erleidet?
47. Abgeordneter
Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn)
(CDU/CSU)
- Was unternimmt die Bundesregierung, um die deutsche Wirtschaft vor der Manipulation und Zerstörung gentechnischer Freilandversuche durch Gentechnikgegner zu schützen?
48. Abgeordneter
Dr. Christian Ruck
(CDU/CSU)
- Welche Rolle kommt nach Erkenntnissen der Bundesregierung der Veröffentlichung von Kartenmaterial und weiteren Informationen über gentechnische Freilandversuche durch Gentechnikgegner im Internet bei der Vorbereitung militanter Aktionen zu?
49. Abgeordnete
Annette Widmann-Mauz
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die gesundheitlichen Risiken von Brustimplantaten aus Silikon?
50. Abgeordnete
Annette Widmann-Mauz
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung ein obligatorisches Melderegister für Brustimplantate einzuführen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau- und Wohnungswesen**

51. Abgeordneter
**Aribert
Wolf**
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung im Rahmen der Wahrnehmung ihrer Kompetenzen im Aufsichtsrat gegenüber der Deutschen Bahn AG (DB AG) den Vorstand der DB AG angehalten, bei der Stilllegung von Betriebsstätten die Vorschläge des jeweils zuständigen Betriebsrates ernsthaft zu prüfen, wenn dieser eigene Umstrukturierungsvorschläge erarbeitet hat, wie dies beispielsweise in München Neuaußing geschehen ist, wo der Betriebsrat eine räumliche Angliederung der Betriebsstätte an das B-Werk in Pasing vorgeschlagen hat, um dort Reparaturarbeiten an S-Bahnen und Nahverkehrszügen ortsnah zum Ballungsraum München zu erhalten?
52. Abgeordneter
**Aribert
Wolf**
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung in Wahrnehmung ihrer Kompetenzen im Aufsichtsrat der DB AG auf den Bahnvorstand einwirken, dass dieser bereit ist, umgehend in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, der Landeshauptstadt München und dem Betriebsrat abzuklären, welche Realisierungsmöglichkeit für die vom Betriebsrat vorgeschlagene Umstrukturierung und Umsiedlung des Fahrzeuginstandhaltungswerkes München besteht?
53. Abgeordneter
**Dr. Hans-Peter
Uhl**
(CDU/CSU)
- Wie hat sich die Zahl der Arbeitsplätze in Ausbesserungsbetrieben der Deutschen Bahn AG bzw. deren Vorgängerorganisation in München in den letzten 10 Jahren – auch vor dem Hintergrund der Bahnreform – entwickelt (bitte aufgliedert nach Jahren)?
54. Abgeordneter
**Dr. Hans-Peter
Uhl**
(CDU/CSU)
- Wie viele Arbeitsplätze werden durch die beabsichtigte Schließung des Ausbesserungswerkes München-Neuaußing verloren gehen, und wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt in den dadurch betroffenen Berufszweigen und für die davon betroffenen Arbeitnehmer und Auszubildenden?
55. Abgeordneter
**Johannes
Singhammer**
(CDU/CSU)
- Wie viele Arbeitsplätze und Beschäftigungsmöglichkeiten in Ausbesserungswerken der Bahn (Bundesbahn, Deutsche Bahn AG) sind durch Schließung von Einrichtungen im Großraum München seit 1990 – auch vor dem Hintergrund der Bahnreform – verloren gegangen?

56. Abgeordneter
**Johannes
Singhammer**
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung über ihre Mitglieder im Aufsichtsrat der Deutschen Bahn AG im Rahmen des aktienrechtlich Zulässigen Einfluss auf Unternehmensentscheidungen dahingehend auszuüben, dass unabhängig von der Schließung des Bundesbahnausbesserungswerks in München-Aubing gewährleistet ist, dass Ausbildungsverhältnisse abgeschlossen werden können?
57. Abgeordnete
**Dorothea
Störr-Ritter**
(CDU/CSU)
- Gibt es seitens der Bundesregierung Überlegungen, die staatsvertraglichen Verhandlungen mit Frankreich zur Regelung der An- und Abflüge bezüglich des Flughafens Basel-Mulhouse (EuroAirport) von den Verhandlungen um weitere Flughäfen im deutsch-französischen Grenzgebiet abzukoppeln und, da es sich beim EuroAirport um einen französisch-schweizerischen Flughafen handelt, unter Einbeziehung der Schweiz einen trinationalen Staatsvertrag zu erarbeiten?
58. Abgeordnete
**Dorothea
Störr-Ritter**
(CDU/CSU)
- Wie soll nach Ansicht der Bundesregierung ohne Einbeziehung der Schweiz gewährleistet werden, dass bei den staatsvertraglichen Verhandlungen zur Regelung der An- und Abflüge bezüglich des Flughafens Basel-Mulhouse (EuroAirport) die Interessen aller drei betroffenen Staaten (Deutschland, Frankreich und Schweiz) ausgeglichen und rechtlich verbunden werden können, und kann die Bundesregierung im Falle der Nichteinbeziehung der Schweiz in rechtlich verbindlicher Weise garantieren, dass die deutschen Interessen vollumfänglich umgesetzt werden?
59. Abgeordnete
**Christine
Ostrowski**
(PDS)
- Welche Auswirkungen hat nach Einschätzung der Bundesregierung die vorgesehene Erhöhung des Selbstbehalts auf 100 DM/qm bei der Ausreichung der Investitionszulage für Sanierung und Modernisierung von Wohngebäuden für die Plattenwohngebiete, die nach der vorgesehenen Regelung nicht in den Genuss der Erhöhung der Bemessungsgrenze auf 2400 DM/qm und der erhöhten Förderquote von 22 % kommen werden?
60. Abgeordnete
**Christine
Ostrowski**
(PDS)
- Wie hoch soll nach Auffassung der Bundesregierung der Mindestanteil nach dem vorgesehenen Zuschussprogramm zum Stadtumbau sein, der für Rückbaumaßnahmen eingesetzt wird?

61. Abgeordneter
**Ernst
Hinsken**
(CDU/CSU)
- Welche Bedeutung misst die Bundesregierung landesplanerischen Gesichtspunkten bei, wie sie z. B. in dem Landesentwicklungsgesetz des Freistaates Bayern zum Ausdruck kommen, wonach Oberzentren mit regionalen und überregionalen Einrichtungen auszustatten sind, und was tut sie, um dem Rechnung zu tragen?
62. Abgeordneter
**Ernst
Hinsken**
(CDU/CSU)
- Warum ignoriert die Bundesregierung landesplanerische Gesichtspunkte, z. B. im Hinblick auf das Oberzentrum Straubing, indem sie nicht bereit ist, das dortige Zollamt zu belassen bzw. auszubauen, um den grundgesetzlich festgeschriebenen landesplanerischen Erfordernissen nachzukommen?

